

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magazinstr. 6/7 II
Fernsprecher: Köpenickerstr. 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereinigt alles!

Anzeigen die sechsgepaaltene Kleinzeile 75 Mark
Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behm, Berlin D 27
Magazinstr. 6/7 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. — Preis vierteljährlich 9 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

An unsere Mitglieder, Betriebsratsmitglieder und Ortsverwaltungen!

Die kommunistische Partei versucht, die gegenwärtige Teuerung und die Notlage, welche infolgedessen in der Arbeiterschaft vorhanden ist, für ihre parteipolitischen Zwecke auszunutzen.

Als Werkzeug sollen die Betriebsräte benutzt werden!

Auch unter den Betriebsräten der deutschen Textilindustrie wird entsprechende Propaganda entfaltet. Moskau erläßt große Aufrufe an das deutsche und französische Proletariat. Die Absicht der Kommunisten ist nicht die Milderung der Not, sondern die Erreichung des parteipolitischen Zieles der kommunistischen Partei. Der Vertreter Deutschlands in der Moskauer Exekutive der Kommunistischen Internationale hat in der kommunistischen Presse, u. a. auch in Nr. 201 der Chemnitzer kommunistischen Zeitschrift „Der Kämpfer“ vom 30. August 1922 Ziel und Absicht der kommunistischen Partei in der gegenwärtigen Teuerungszeit dargestellt. Er sagt:

„Die deutsche kommunistische Partei steht bereits mitten in der Organisierung des Kampfes gegen die Teuerung und die Abwälzung der Reparationslasten auf die Arbeiterschaft. Ihr Angriffsziel liegt in erster Linie im Innern gegen die eigene Kapitalistenklasse. Sie bemüht sich, die jetzige Krise auszunutzen, um auf dem Wege zur Diktatur und zum Sozialismus die nächsten Stappen zu erobern.“

Der Vertreter der Exekutive der Kommunistischen Internationale gibt also zu, daß der Zweck der in Angriff genommenen Aktion nicht die Ergreifung von Maßnahmen gegen die Teuerung und entsprechender Druck auf Behörden und Regierungen, sondern die Eroberung der ersten Stappen auf dem Wege zur Diktatur ist. Zur Einleitung der Aktion fordert die kommunistische Partei durch einen offiziellen Aufruf die Arbeiterschaft auf, in allen Städten Volksversammlungen der Betriebsräte einzuberufen. In Berlin wurde ein Fünfhundert-Mitglieder Ausschuss der Betriebsräte gebildet, welcher sich zu einem „Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte“ konstituiert hat. Die Arbeiterschaft wird aufgefordert, sich außerhalb der Gewerkschaften ihre eigenen Organe zu schaffen. Die Parole für den Betriebsrätekongress soll lauten: Kontrolle der Produktion.

Die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften werden beschimpft. Es wird gesagt: „Die Instanzen der sozialdemokratischen Parteien haben wiederholt versagt und Verrat geübt.“

Als Musterbeispiel, wie man der Teuerung begegnet, wird das Vorgehen der kommunistischen Betriebsräte Hamburgs bezeichnet. Die Hamburger haben die Kaufleute gezwungen, die vorhandenen Waren um 40 Proz. im Preise herabzusetzen. Da die Maßnahme den Hamburgern nichts genützt hat — nach Aufzehrung der vorhandenen Waren konnte kein Kaufmann neue Waren anschaffen —, soll der Reichsbetriebsrätekongress durch Erzwingung gleicher Maßregeln über das ganze Reich zum Ziele führen. Natürlich würden sich hier die gleichen Schwierigkeiten ergeben, da nach Aufzehrung der vorhandenen Warenbestände Ersatz aus dem kapitalistischen Ausland nicht zu beschaffen wäre.

Eine große Hungersnot wäre die Folge

und das Ziel mancher russischen Kommunisten, in Deutschland das Chaos und den Bürgerkrieg herbeizuführen, um die auswärtige Politik Rußlands zu rechtfertigen und zu stützen, wäre erreicht.

Die deutschen Arbeiter haben an einer solchen Entwicklung kein Interesse. Die Mitglieder des Textilarbeiterverbandes, vor allem unsere Betriebsräte, werden gewarnt, den Lockungen der kommunistischen Zentrale und des kommunistischen Berliner „Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte“ Gehör zu schenken. Die Diktatur in Rußland, Ungarn und Bayern verursachte politische Knechtschaft und Reaktion.

Kollegen und Kolleginnen! Denkt an das Elend, das die kommunistischen Drahtzieher durch ihre „Aktionen“ in Berlin, in Mitteldeutschland und anderswo schon über die Arbeiterschaft gebracht haben!

Denkt daran, wie sehr die Zersplitterung der Arbeiterschaft erfolgreiches Eingreifen der Arbeitervertretungen in die Staatsexekutive gegen Teuerung usw. verhindert hat! Die Gemeinderatswahlen in Thüringen bringen einen neuen Beweis.

Denkt daran, wie die gegenwärtige Einigungsbewegung in der politisch organisierten Arbeiterschaft gerade von den Kommunisten zu hintertreiben versucht wird und weist die Aufforderung der unverantwortlich handelnden kommunistischen Parteien und ihrer Organe zu neuen „Aktionen“ energisch zurück!

Zeigt auf die vielen, vielen Genossen und Genossinnen des Proletariats, welche in Zuchthäusern und Gefängnissen schwachen, und die vielen, die der grüne Nasen deckt, weil sie blindlings an die Ehrlichkeit aller russischen Emigranten der russischen Kommunistenpartei glaubten.

Der Deutsche Textilarbeiterverband lehnt jede Gemeinschaft mit dem in Aussicht genommenen Reichsbetriebsrätekongress ab. Die Betriebsräte sind Organe der Gewerkschaften, und nur in zäher organisierten Ringen auf Grundlage des Programms des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und im sozialistischen Geiste kann allmählich die Arbeiterschaft ihr Ziel erreichen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband wird nicht dulden, daß das in einer jahrzehntelangen Entwicklung errichtete Gebäude unterwühlt und seine starke Kraft zermürbt wird. Vergesst nicht, was Ihr, gerade in der letzten Zeit eurer Organisation im Kampfe mit dem Kapitalismus zu verdanken habt! Schützt und sichert durch Abweisung unverantwortlicher Elemente die Errungenschaften eures Verbandes!

Wer sich an der Vorbereitung des kommunistischen Betriebsrätekongresses beteiligt, wer an dem kommunistischen Betriebsrätekongress teilnimmt, hat Ausschluss aus dem Verband zu gewärtigen.

Es dürfen selbstverständlich keine Verbandsgelder für Zwecke dieses Betriebsrätekongresses verwandt werden. Alle Angestellten, ohne Ausnahme, haben die Pflicht, den Betriebsräten klar zu machen, daß diese Haltung im Interesse der Betriebsräte und der Textilarbeiter liegt. Der Vorstand wird Bericht über diese Tätigkeit der Angestellten fordern.

Es gilt, Unglück von der Arbeiterklasse abzuwenden! Wie bisher wird der Deutsche Textilarbeiterverband seine Pflicht im Interesse der Arbeiterschaft erfüllen. Diese Pflichterfüllung hat die Mitglieder und die gesamte Textilarbeiterchaft vorwärts gebracht und wird sie weiter vorwärts bringen. Scheinbare Rückschläge werden daran nichts ändern. Der Aufstieg der Arbeiterklasse erfolgt nicht ohne Schwierigkeiten und Hindernisse.

Wir rufen alle unsere Mitglieder auf zur Arbeit für den Verband! Wir rufen sie auf zur Aufklärungsarbeit unter der Bevölkerung, damit wir endlich die Mehrzahl der Einwohner Deutschlands auf unsere Forderungen vereinigen können. Wir rufen sie aber auch auf zum Kampfe gegen die kommunistischen Saboteure der Einigkeit des Proletariats, gegen die kommunistischen, die Arbeiter ins Unglück führenden Parolen!

Der Vorstandsvorsitzende.

Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk.

IV.

Diese Wechselrede steht im letzten Akte und ist zugleich ein Musterbeispiel dafür, wie überlegen Hauptmann das Grundgesetz aller dramatischen Kunst beherrscht: die klare Herausarbeitung der Gegensätze. Auch alle anderen Gestalten des Schauspiels sind mit sicherer Meisterhand in ihrer Eigenart vor uns hingestellt: ich erinnere nur an die beiden einzigen Männer des Stückes, die man wirklich vielleicht „Rebellen“ nennen könnte — den jungen Bäcker und den eben frisch von den Soldaten heimgekommenen Moritz Jäger, mit dem nun plötzlich ein kräftiger Hauch des Lebens von dort draußen hineinschlägt in all das stumpfe Dorfelend.

Und so ist nicht nur jeder einzelne aus der Weberschar, so sind auch alle Nebengestalten in wunderbarer Klarheit herausgearbeitet: der fernige Schmied Wittig, der menschenkundige alte Hausierer Hornig, der freundliche Chirurgus, der schnoddrige Geschäftsreisende aus Berlin und nicht zum wenigsten auch die Kontorgehilfen und die Färbergesellen Dreißiger — echte und rechte Kettenhunde des Kapitals und als solche noch wesentlich unsympathischer als der Fabrikant selbst und seine beschränkte und verängstigte Frau.

Mit einem Worte: jener Gesamtheit des Dramas, die große leidende Masse (und gehören, recht gesehen, schließlich nicht auch diese Kettenhunde zu ihr?) löst sich unter den Händen des Dichters wieder auf in lauter Einzelwesen, jedes mit seinem kleinen und großen Sonderleid — sie löst sich auf, aber nur, um dann doch im gewaltigen Rhythmus dramatischer Steigerung von neuem zur Masse zusammenzuwachsen: zur kämpfenden Masse!

Und hier erweist sich Hauptmann aufs innigste vertraut mit dem, was wir Menschenpsychologie nennen, mit jener seltsamen Art, wie der kleine Alltagsmensch unter dem Einfluß einer großen, von den gleichen Stimmungen bewegten Menge plötzlich hoch über sich hinauswächst und zu einem ganz anderen Menschen wird. Jeder von uns hat ja schon die Wirkungen dieser Massenpsychologie kennengelernt, sei es nun bei den großen Wahlrechtskundgebungen der Vortriebs-

zeit, sei es im Felde gewesen, in den revolutionären Kämpfen der letzten Jahre oder auch nur bei einer größeren Brandkatastrophe.

Keine dramatische Entwicklung soll in den „Webern“ zu finden sein, so befehlen uns mit ernstem Tadel die Zünftigen, nur eine Reihe lose aneinandergereihter Augenblicksbilder habe der Dichter gegeben. In Wirklichkeit haben wir nur wenige Werke in der Literatur aller Zeiten und Völker, die eine so starke und dabei niemals durch Kunstgriffe herbeigeführte, sondern stets natürlich gewachsene dramatische Steigerung aufweisen wie die „Weber“. Gewiß: Augenblicksbilder! Aber jeder Augenblick durchpulst von mächtigem Leben und innerlich verknüpft mit dem, was ihm vorangeht und was ihm folgt! Man achte doch nur einmal auf die Rolle, die Hauptmann, als dumpfe Begleitmusik der Tragödie, das Weberlied in den fünf Akten spielen läßt! Hauptmann hat — wir wissen es schon — auch dieses Lied nicht erfunden. Aber wie weiß er die wenigen Strophen, die er aus den fünfundzwanzig der in den vierziger Jahren wirklich gefungenen Strophen des Weberliedes verwendet hat, wie weiß er sie der dramatischen Steigerung dienstbar zu machen! Im ersten Akte hören wir von diesem „niederträchtigen Lied“ nur gesprächsweise in Dreißigers Buchhalterei. Im zweiten Aufzuge liest es der Jäger Moritz den Baumert und dem alten Ansohn vor. Unbeholfen, aber voll zitternden Ingrimm buchstabiert er:

„Hier im Ort ist ein Gericht,
Noch schlimmer als die Femen.
Wo man nicht erst ein Urteil spricht,
Das Leben schnell zu nehmen.
Hier wird der Mensch langsam gequält,
Hier ist die Folterkammer,
Hier werden Seuzer viel gezählt
Als Zeugen von dem Jammer.“

Die Herren Dreißiger die Henker sind,
Die Diener ihre Schergen,
Davon ein jeder tapfer schind't,
Anstatt was zu verbergen.
Ihr Schurken all, ihr Satansbrut!

Ihr höllischen Dämone,
Ihr freßt der Armen Hab und Gut
Und Fluch wird euch zum Lohne!

Hier hilft kein Bitten und kein Flehn,
Umsonst ist alles Klagen.
„Gefällt's euch nicht, so könnt ihr gehn
Am Hungertuche nagen.“
Nun denke man sich diese Not
Und Elend dieser Armen!
Zu Haus oft keinen Bissen Brot:
Ist das nicht zum Erbarmen?
Erbarmen, hal' ein schön Gefühl,
Euch Kannibalen fremde!
Ein jeder kennt schon euer Ziel:
'S ist der Armut Haut und Hemde!“

In schülerhaftem Stammeln nur hat Jäger gelesen, aber was da in Worte gefaßt ist, das hat ihn im Innersten gepackt, und so packt es nun alle: „Haut und Hemde“, wiederholt der alte Baumert „in deliranter Raserei“ — derselbe alte Baumert, dessen von allem Fleischerne längst entwöhnter Magen eben den so heiß ersehnten Lederbissen des Hundesbratens wieder von sich geben mußte. „Haut und Hemde“ — alles richtig. 'S ist der Armut Haut und Hemde. Hier steh' ich, Robert Baumert, Webermeister von Raschbach. Wer kann vortreten und sagen . . . ich bin ein braver Mann gewest/mei Lebe lang, und nu seht mich an! was hab ich dann? Wie seh ich aus? Was hab'ns aus mir gemacht? Hier wird der Mensch langsam gequält. Dahier, greift amal an, Haut und Knochen! Ihr Schurken all, ihr Satansbrut!“ Der alte Häusler Ansohn aber, der nicht mehr wehen, nur noch Körbe flechten kann („ich flechte bis in die Nacht 'nein!“) und der doch nur vierzehn Taler im ganzen Jahre mit all seinem Mühen sich zu ershinden vermag — sieben davon gehen noch ab an allerlei Zinsen und Steuern — Vater Ansohn bricht in den Schrei aus: „Und das muß andersch wer'n, sprech ich, jezt uf der Stelle. Mir leidens ni mehr! Mir leidens ni mehr — mag kommen was will!“

Inhalt: An unsere Mitglieder, Betriebsratsmitglieder und Ortsverwaltungen! — Der Limbacher Generalstreik eine kommunistische Maché. — Die Textilindustrie Sachsens im Lichte der sächsischen Inspektion (II). — Die Lohnbewegungen und Streiks im Jahre 1921. — Wo bleiben die Bezirkswirtschaftsräte? — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Sachreisen. Bekanntmachungen. — Anzeigen. — Unterhaltungsstück: Gerhart Hauptmann und das deutsche Volk (III).

Der Limbacher Generalstreik, eine kommunistische Maché.

„Der Kämpfer“, das Organ der KPD. im Bezirk Sachsen, berichtete in Nr. 202 über einen Generalstreik in Limbach u. a. folgendes: „Da die Gewerkschaftsleitungen keine Maßnahmen ergreifen, der steigenden Not der Arbeiterschaft wirksam entgegenzuarbeiten, so muß das Proletariat zur Selbsthilfe übergehen.“

Aus dieser Erkenntnis heraus stellten in Limbach die Arbeiter von zunächst vier Betrieben der Veredelungsindustrie an ihre Arbeitgeber die Forderung, für die letzten zwei Augustwochen eine 50prozentige Lohnerhöhung zu gewähren, als Ausgleich für die sprunghafte Preissteigerung.

Das wurde abgelehnt. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, trat die Belegschaft dieser vier Betriebe am 28. August in den Streik.

In der Erkenntnis, daß Klein- und Teilkämpfe der Arbeiterschaft nicht zum Ziele führen, berief die von den kämpfenden eingesezte Streikleitung für den 29. August eine Betriebsrätevollversammlung ein. Dieser wurde die Ursache des Kampfes und die Forderung der Streikenden unterbreitet und an die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft des Industriebezirks appelliert.

Die Betriebsrätevollversammlung machte sich einstimmig die Forderung der Streikenden zu eigen und beschloß für den 30. August die Durchführung des Generalstreiks im Industriebezirk unter folgenden Forderungen:

1. 50prozentige Erhöhung der Löhne für die beiden letzten Augustwochen.
 2. Ab 1. September soll der Lohn in Goldwährung, unter Zugrundelegung des Friedenslohnes, berechnet werden.
- Alle am Streik beteiligten Berufsgruppen sollen von ihren Gewerkschaftszentralleitungen verlangen, daß die zweite Forderung bei allen kommenden Verhandlungen auf die Tagesordnung gestellt und mit allen Mitteln erkämpft wird.

Die Schärfe des Kampfes galt zunächst der ersten Forderung. Am 30. August, früh, setzte der Generalstreik mit aller Schärfe ein und wurde restlos durchgeführt. Einige verstreute Kleinbetriebe mit in-differenten Arbeitern wurden im Laufe des Tages noch den Streikenden angegliedert.

Dieser Streik ist ohne Benachrichtigung der Gewerkschaftsleitungen in Szene gesetzt worden, trotzdem für das dortige Textilgebiet für Dienstag, den 29. August, Lohnverhandlungen angelegt waren. Die Lohnverhandlungen waren bereits vor Ausbruch des Streiks angelegt, und die Ortsverwaltungen, auch Limbach, waren hiervon verständigt. Die Behauptung, daß die Gewerkschaftsleitung untätig geblieben wäre und keine Maßnahmen ergriffen hätte, um der steigenden Not der Arbeiterschaft zu begegnen, wird durch diese Tatsache Lügen gestraft. Die Ursache des Streiks ist auch nicht in der Lohnfrage zu suchen. Der Streik wird nur dann verständlich, wenn er politischen Zielen, die sich mit den Forderungen der KPD. im Offenen Brief zum Reichs-Betriebsrätekongreß decken, dienen sollte. Aus diesem Grunde hat man wohl auch von vornherein die Gewerkschaftsinstanzen ausgeschaltet und auch erklärt, daß die Arbeiterschaft auf Streikunterstützung nicht zu rechnen habe. Die Forderung, die unter Punkt 1 erhoben wurde, ist wohl eine rein wirtschaftliche. Die zweite Forderung ist aber so gestellt, daß sie zweifellos Anlaß geben konnte sich zu einem Kampfe auszuwachsen. Die Limbacher Arbeiterschaft sollte diesmal die Avantgarde bilden zu einem breiten politischen Kampf a la Mitteldeutschland. Die KPD. glaubte, daß die Zeit wiederum gekommen wäre, um einen Kampf zu inszenieren, der als letztes Ziel

Die Aufrihtung der Rätediktatur

zur Folge haben sollte. Dieses wird bestätigt in einem Artikel von A. Thalheimer im „Kämpfer“ Nr. 201. Dort heißt es:

„Die deutsche kommunistische Partei steht bereits, mitten in der Organisierung des Kampfes gegen die Steuerung und die Abwälzung der Reparationslasten auf die Arbeiterschaft. Ihr Angriffsziel liegt in erster Linie im Innern, gegen die eigene Kapitalistenklasse. Sie bemüht sich, die jegliche Krise auszunützen, um auf dem Wege zur Rätediktatur und zum Sozialismus die nächsten Stappen zu erobern.“

Ferner ist die Tatsache beachtenswert, daß Brandler in Limbacher Bezirk anwesend war und dort in einer Rede an die kommunistischen Parteifunktionäre sagte:

„Jetzt wird jeder Kampf, der einheitlich und massenhaft geführt wird, gleichgültig um welches Ziel, letzten Endes zu einem Kampf um die politische Macht. Entweder einheitliche Lohnkämpfe schlagen um zum politischen Kampf, oder sie enden mit einer Niederlage. Wir brauchen die Kontrolle der Produktion, der Finanzen, der Preise.“

Man hatte also hier schon genau umschrieben, um welche Ziele gekämpft werden müsse. So ganz zufällig war deshalb Brandler nicht in Limbach, etwa um lediglich eine Rede zu halten, in welcher er seinen Parteigenossen heftige Vorwürfe machte; seine Anwesenheit wollte er durch eine bestimmte Tat gekrönt wissen. Wenn der Kampf letzten Endes nicht die Ausbreitung erfahren hat, die die kommunistische Partei wünschte, so lag dies an der vernünftigen Haltung der Arbeiterschaft außerhalb Limbachs. Dieses zeigt ganz deutlich ein Bericht des „Kämpfers“ vom 5. September 1922. Es heißt in demselben u. a.:

„Mit Blieskastelle verbreitete sich der Kampf auf alle Industrie-gruppen. Mustergültig hat die Arbeiterschaft den Kampf geführt, der geführt werden mußte gegen das gesamte Unternehmertum und gegen die Sabotage der Zentralinstanzen der Gewerkschaften. Die Limbacher Gewerkschaften müssen bei ihren Zentralinstanzen die Bewilligung der Streikunterstützung durchsetzen. Auch das Chemnitzer Proletariat hat sein vollgerüstetes Maß von Schuld.“ An anderer Stelle heißt es: „Am Mittwoch und Donnerstag wurde der Generalstreik restlos durchgeführt, er fand seine Ausdehnung nach Hartmannsdorf und Mühlau. Das Chemnitzer Proletariat schloß weiter.“ Auch werden bereits politische Maßnahmen getroffen und bestätigt. In einer anderen Stelle heißt es: „Die Limbacher Amtsstube wurde erst verboten, erschien dann wieder unter der Kontrolle der Streikleitung. Da die Limbacher Arbeiter in ihrem Kampf allein blieben, mußten sie prüfen, ob der Kampf fortzusetzen sei. Eine große Anzahl war entschlossen zum Kampf bis zum Ausrufen.“ Das Proletariat des Limbacher Industriebezirks hat nur einen freiwilligen Waffenstillstand geschlossen. In der Zwischenzeit wird wohl das Chemnitzer Proletariat die Lehren daraus ziehen.“

In einem Flugblatt, das an das streikende Proletariat des Industriebezirks Limbach verteilt wurde, wird gesagt:

„Unser Kampf konnte nur von Erfolg sein, wenn auch die Arbeiterschaft der anderen Industriebezirke, vor allem Chemnitz, in die Bewegung mit eintraten wäre. Es wird unsere Aufgabe sein, in der Zeit des Waffenstillstandes mit den Betriebsräten ganz Sachsens und des Reiches in Verbindung zu treten, um die nächsten Kämpfe auf breiter Grundlage durchzuführen und dadurch den vollen Erfolg zu sichern.“

Aus diesen Äußerungen geht klar und deutlich hervor, daß man einen größeren Ruck plante, der zur Errichtung der Rätediktatur führen sollte. Dies wird die Zentralleitung der kommunistischen

Partei Deutschlands nicht abstreiten können. Interessant ist dabei, daß hervorragende Mitglieder der kommunistischen Partei des Limbacher Bezirks mit der Durchführung des Kampfes in dieser Weise nicht einverstanden waren. So hat u. a. der Kollege Glombitz erklärt, daß die Bewegung ohne seinen Willen ausgebrochen sei und er die ganze Bewegung nicht gutheißen könne. Mitglieder unserer Filiale Limbach, die an den Lohnverhandlungen in Chemnitz teilnahmen, gaben die Erklärung ab, daß der Streik von den Gewerkschaften nicht gebilligt werden könne. Diefelben haben dann auch das von unseren Verbandsfunktionären getroffene Lohnabkommen mit unterzeichnet. Um übrigen müssen wir darauf verweisen, daß der Textilarbeiterverband und die Arbeiterschaft in Limbach an das Lohnabkommen für August gebunden waren. Wir halten es für notwendig, diese Tatsachen hier, besonders festzuhalten.

In welcher Weise ist nun der Streik eingeleitet worden?

Es wird uns hierüber berichtet: „Am Montag früh forderten die Arbeiter bei der Firma Max Wünschmann, Färberei und Appretur, für August eine Nachzahlung von 50 Proz. Dies lehnte die Firma ab und verwies die Arbeiter an ihre Organisation. Sie erklärte sich jedoch bereit, jedem Arbeiter vorkaufweise 500 M. auszuhändigen. Dies lehnten die Arbeiter ab, und noch bevor die Verhandlungen des Betriebsrats beendet waren, erging an die Arbeiterschaft die Streik-aufforderung, der Folge geleistet wurde. Dienstag früh schlossen sich dem die Arbeiter in noch drei Appreturen und der Betrieb Max Köhler, Maschinenfabrik, an. Von Dienstag an wurden dann Radfahrer von Betrieb zu Betrieb geschickt, um die Betriebsräte für 2 Uhr nachmittags zu einer Betriebsrätevollversammlung einzuladen. In dieser Betriebsrätevollversammlung sprach dann das Mitglied des Landesvorstandes der KPD. Heim, der die Betriebsräte für die Praxislambung des Generalstreiks gewann. Der Generalstreik wurde beschlossen. Mittwoch früh standen sofort vor den Betrieben Posten, und dort, wo es trotzdem den Arbeitern gelungen war, in die Betriebe hereinzukommen, wurden sie im Laufe des Tages herausgeholt, so daß in Limbach sämtliche Betriebe stillgelegt waren. Am Mittwoch, dem ersten Tage des Generalstreiks, fanden dann im Industriebezirk Limbach unter freiem Himmel große Streikerversammlungen statt, in welchen der Landtagsabgeordnete Kranz und der frühere Verbandsangestellte Glombitz sprachen. Hier wurden dann erst die Forderungen formuliert: „Bezahlung einer 50prozentigen Nachzahlung für August und Bezahlung des Lohnes in Goldwährung.“

Von Limbach aus wurde nun versucht, die Bewegung weiterzutragen. Zunächst war es der Limbacher Streikleitung gelungen, die Arbeiterschaft von Hartmannsdorf in den Kampf zu ziehen. Am 31. August wurden die Betriebe in Hartmannsdorf und Mühlau stillgelegt. Ein größeres Aufgebot von Leuten ergoß sich dann über den ganzen Burghäuser Bezirk, um dort ebenfalls die Arbeiterschaft in den Kampf hineinzuziehen. Dort gelang es den Geschäftsleitungen der Gewerkschaften, die Betriebsräte rechtzeitig zu warnen. Die Kommunisten hatten hier deshalb keinen Erfolg. Es muß hierbei festgestellt werden, daß die Arbeiterschaft vielfach unter Drohungen von der Arbeit abgehalten wurde. Die Leute streikten und wußten nicht warum.

In welcher niedriger Weise ferner gearbeitet wurde, zeigt folgender Bericht: „Kaum war unter Kollege Winkler wieder in Burghäuser, als auch schon die Nachricht eintraf, daß zirka 500 Streikende aus Limbach die Mühlauer Kollegen mit Gewalt, unter tödlichen Angriffen, wieder aus den Betrieben herausgeholt hätten. Die Versammlung am 31. August, abermals, bot ein noch nie dagewesenes Bild. Mit Lumpen! Verräter! Verbrecher! Aufhängen werden wir euch! Totgeschlagen müßt ihr werden! wurden wir empfangen. Mit tiefem Weh kam mir der Gedanke an meine 22jährige politisch-gewerkschaftliche Tätigkeit. Diese sollte nun mit einmal von verhehten, rückständigen Fanatikern, zum größten Teil aber dummen Jungen, vernichtet werden? Zunächst kam der Kollege Fröh Winkler zum Wort, um die üblichen Verleumdungen ins rechte Licht zu bringen. Hier war die Versammlungsleitung noch in der Lage, die Ruhe zu wahren. Als aber ein anderer Kollege nach längerem Ausführungen den Genu und den Erfolg der Tarifverhandlungen beredet und dabei die voreilige Handlung der un-ionistisch-kommunistischen Funktionäre einer scharfen Kritik unterzogen hatte, schien die Waise ins Schwanken zu geraten; wir glaubten, daß uns der Sieg sicher wäre, als jedoch wieder annähernd 200 Limbacher auf den Plan erschienen und die Versammlung mit Drohungen unterbrachen, wie zum Beispiel: „Das sind die Verräter! Ehe wir die Unternehmer aufhängen, kommen die Gewerkschaftsführer dran. Die zwei Winkler machen den Anfang.“ Kurzum, an ein Weiterreden war nicht zu denken.“

Mit solchen Mitteln versuchte man also den Kampf zu verbreitern. Es ist ein wahrhaft trauriges Bild, das hier die Arbeiterschaft der Welt bietet. Hier zeigt sich der ganze Jammer der kommunistischen Agitation, die sich nur in der Beschimpfung der Arbeiterführer anderer Richtung und der Gewerkschaften auslebt. Daß der Kampf nicht in der Weise verbreiterte, wie es die kommunistischen Drahtzieher wünschten, und nicht zu einem Putz nach mittel-deutschem Muster ausartete, war lediglich der Besonnenheit der Arbeiterschaft des übrigen Bezirks zu danken. Die Kommunisten haben aus dem mitteldeutschen Putz nicht das geringste gelernt. Zahlreiche nutzlose Opfer, die heute der grüne Rassen dect, die zum Teil heute noch in den Zuchthäusern und Gefängnissen schmachten müssen, sind das Ergebnis dieser verbrecherischen Politik der Kommunisten. Diese Politik dient lediglich der Förderung reaktionärer Bestrebungen. Nach den erteilten Lehren sollte man glauben, die Kommunisten würden von dieser Politik Abstand nehmen, weil sie die Arbeiterschaft nur ins Verderben führen kann und durch sie alle Möglichkeiten des Aufstieges der Arbeiterschaft vernichtet werden. Im Gegenteil, sie versuchen weiter in verbrecherischer Art und Weise Arbeiterleben zu opfern, um auf diesem Wege die Politik zu fördern, die ihnen von den russischen Gewalttätigern diktiert wird.

Die Kommunisten haben die Arbeiterschaft in Limbach kommandomäßig in den Streik getrieben. Auf Kommando sollte die Arbeiterschaft des gesamten Chemnitzer Industriebezirks in den Generalstreik gekehrt werden. Die rohe Gewalt war letzten Endes das Mittel, die Arbeiterschaft zur Teilnahme an dem Generalstreik zu bewegen. Das Streikobjekt, um das die Arbeiterschaft streikten sollte, war zunächst unklar. Die Arbeiterschaft wußte nicht, weshalb sie streikten sollte. Aber dies war für diese sonderbaren Streikführer von sekundärer Bedeutung. Die Hauptsache war, daß die Arbeiterschaft streikte.

Ein Generalstreik läßt sich aber nicht auf ein Kommando hin durchführen, es sei denn, daß durch bestimmte politische oder wirtschaftliche Ereignisse die Massen der Arbeiterschaft zu dem Generalstreik gedrängt werden. Russische Methoden lassen sich nicht auf deutsche Verhältnisse übertragen. Der deutsche Arbeiter hat eine zu lange gewerkschaftliche auf einer demokratischen Grundlage ruhende Schule hinter sich und lehnt es deshalb ab, sich zum Spielball verbrecherischer Experimente machen zu lassen. Der deutsche Arbeiter ist gewöhnt, über einen Kampf, den er zu führen hat und für welchen er seine eigene Haut zu Markte zu tragen hat, selbst zu entscheiden. Aus diesem Grunde heraus hat wohl auch der zweite Vorsitzende der KPD. in Limbach an dem Streik nicht teilgenommen, und haben ferner eine große Anzahl kommunistischer Betriebsräte von dieser Generalstreikspielerei abgeraten. Die Kommunisten glauben, mittels der Degenrippe die Wirtschaft umgestalten zu können. Sie müßten eigentlich aus dem Zusammenbruch Rußlands gelernt haben, daß sich ökonomische Verhältnisse nicht mittels roher Gewalt ändern lassen. Die ökonomische Entwicklung ist eine organische. Die Umgestaltung kann sich deshalb nur auf organischem Wege vollziehen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die kommunistische Politik falsch und verbrecherisch. Weil die Gewerkschaften sich den russischen Diktatoren nicht zu unterwerfen gewillt sind, darum wer-

den sie von den Kommunisten tagtäglich in der gemeinsten Weise beschimpft. Die Arbeiterschaft selbst muß sich aber von diesen un-perantwortlich handelnden Leuten abwenden, sie darf sich nicht zum Werkzeug verbrecherischer Naturen machen lassen, die schließlich letzten Endes, wenn es ihnen an den Kragen geht, nach Rußland verduften.

Was ist nun der Erfolg des Streiks? Die Arbeiterschaft erlitt eine vollkommene Niederlage. Es war eine verpuffte Aktion. Eine unnütze Kraftvergeudung. Als die Niederlage offenkundig war, verlangten die kommunistischen Streikführer, die von vornherein den Kampf gegen die Gewerkschaften ins Auge gefaßt hatten, daß die Arbeiterschaft nunmehr von den Zentralverbänden Streikunterstützung fordern solle. Höher geht's wahrhaftig nimmer! Die Gewerkschaften müssen in jedem Falle, wo der Streik in einer so frivolen Art und Weise vom Zaune gebrochen wird, die Zahlung der Streikunterstützung ablehnen. Die Arbeiterschaft muß endlich auch begreifen lernen, daß sie un-verantwortlichen Elementen nicht folgen darf. Zum andern kommt noch hinzu: der Textilarbeiterverband und auch die dortige Arbeiterschaft war an das Tarifabkommen für August gebunden. Die Verhandlungen über ein Lohnabkommen für September standen bevor. In einer solchen Situation muß jede Kampfhandlung unterbleiben. Was soll es für einen Zweck haben, Tarife abzuschließen, die dann letzten Endes nicht gehalten werden? Es war ein glatter, frivoler Tarifbruch, der hier begangen worden ist. Ein solches Treiben können wir nicht unterstützen. Unterstützen wir es, dann wären wir nicht mehr in der Lage, irgendwelche Tarifverträge tätigen zu können. Die Streikunterstützung darf aus diesem Grunde schon nicht gezahlt werden.

Hoffen wir, daß die Arbeiterschaft die Lehre daraus zieht, daß sie nicht mehr unerantwortlichen Elementen nachhängt, sondern ihre Interessen durch ihre dazu berufenen Organe, die Gewerkschaften, vertreten läßt. Daß der Streik vollkommen überflüssig war, zeigt sich ja schon daran, daß die neuen Tarifabmachungen sich so gestalten, daß auch die Unterhändler der kommunistischen Partei ihnen mit zustimmen. Es ist aber durchaus falsch, anzunehmen, daß durch den Streik das Verhandlungsergebnis ein günstigeres geworden sei. Im Gegenteil, das Verhandlungsergebnis in Chemnitz für West-Sachsen liegt im Rahmen dessen, was bis heute im ganzen Reich erreicht worden ist.

Die Textilindustrie Sachsens im Lichte der sächsischen Inspektion.

II.

Kinderarbeit.

Ein großes Schlaglicht auf unsere sozialen und sittlichen Verhältnisse innerhalb unseres Staatslebens wirft die Kinderarbeit. Sie ist eine der schlimmsten Erscheinungen an unserem Wirtschafts-körper. Nicht nur, daß sie den Kindern Kindheit, Lebensglück und Lebensfreude raubt, die Kinderarbeit ist auch oftmals die Ursache, daß den zu früh Ausgebeuteten Lebensglück und Gesundheit fürs ganze Leben zerstört wird. In einem jeden Staatswesen, das Anspruch darauf erhebt, als Kulturstaat gewertet zu werden, muß deshalb in erster Linie die erwerbstätige Kinderarbeit mit ihren schlimmen Auswüchsen bekämpft werden. Es besteht bei uns wohl ein Kinderschutzgesetz, aber leider läßt die Durchführung desselben alles zu wünschen übrig. Das Schutzgesetz hat so gut wie keine Wirkung auszuüben vermocht, weil die Organe, die den Vollzug des Gesetzes zu überwachen hatten, meist untätig blieben und gegen die Übertretungen des Kinderschutzgesetzes nicht in der Weise einschritten, wie es das Gesetz verlangte. Es ist geradezu beschämend, daß in dem Bericht gesagt wird:

„In den letzten Jahren, vor allem während des Krieges, mußte die Durchführung des Kinderschutzgesetzes vom 30. März 1903 notgedrungen stark vernachlässigt werden.“

Durch diese wenigen Zeilen wird dokumentiert, daß man nicht in der Weise, wie es notwendig gewesen wäre, gegen die Ausbeutung der dem Kinderschutzgesetz Unterworfenen eingeschritten ist. Nicht nur während des Krieges, sondern auch schon in der Vorkriegszeit war dies der Fall. Aber eins möchten wir hier noch bemerken: während der Kriegszeit war die Ernährungsweise des deutschen Volkes auf ein Minimum herabgedrückt worden. Die Kinder haben in der schlimmsten Form darunter gelitten, und es wirft ein großes Schlaglicht auf jene Vollzugsorgane, die das Kinderschutzgesetz zur Durchführung bringen sollten, daß sie gerade in dieser schweren Zeit in dieser Richtung hin untätig geblieben sind. Wir wissen ja, es war ihnen von oben herab unter-sagt, etwas dagegen zu tun. Aber hierdurch offenbart sich die ganze Brutalität der herrschenden Klasse. Es ist deshalb kein Wunder, wenn in dem uns vorliegenden Bericht lebhaft Klage erhoben wird über minderwertige jugendliche Mädchen und Knaben, die nach ihrer Schulentslassung nicht als Lehrlinge in irgendeinem Geschäft unterkommen finden konnten. Unter anderem sagt der Bezirksarzt aus Löbau, daß unter den Jugendlichen 35 Proz. minderwertige Mädchen und 20 Proz. minderwertige Knaben vorhanden waren. Aus der Stadt Dresden wurde berichtet, daß 7 Proz. der Knaben und 43 Proz. der Mädchen infolge Schwächlichkeit keine gewerbliche Arbeit übernehmen konnten. In der Stadt Zwickau waren reichlich 25 Proz. der Kinder unterernährt und über die Hälfte der Kinder mindergewichtig und zurückgeblieben. Besonders ungünstige Verhältnisse lagen vor in Schwarzenberg. Aus Eisenach wird gemeldet, daß 34 Jungen und 50 Mädchen, d. h. weit über die Hälfte aus den von ihnen gewählten Berufen wegen Schwächlichkeit wieder herausgenommen werden mußten. In Aue waren 11 Proz. Schwächliche unter den untersuchten Jugendlichen. Ähnliches wird aus Schneeberg, Auerbach und Falkenstein berichtet. In Plauen sind 5 Proz. der Knaben vollständig untauglich und 19,5 Proz. der Knaben nur bedingt tauglich für den Beruf, also auch minderwertig. Der städtische Arbeits-nachweis zu Plauen schreibt: „Noch nie hat der ungünstige Ernährungs-zustand und der körperliche Zustand der schulentlassenen Knaben und Mädchen bei ihrer Unterbringung in Lehr- und Arbeitsstellen so mit-gesprochen und hindernd gewirkt bei den Berufen als in den letzten Jahren nach dem Kriege.“ Dies ist also das Ergebnis der Aus-beutung und der Unterernährung der Kinder. Es ist dies eine Schande für ein Staatswesen, das Anspruch darauf erhebt, ein Kulturstaat zu sein. In der Vorkriegszeit — während der Kriegs-zeit war ja jede Kritik in vaterländischem, richtiger gesagt: in lapa-talistischem Interesse unterbunden — wurde unsere Kritik, die wir an der Kinderarbeit übten, von Unternehmern und auch von den behördlichen Organen als übertrieben hingestellt. Der vorliegende Bericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten muß aber zeigen, daß die Kinderarbeit viel stärker verbreitet ist als dies bisher amtlich bekannt war und daß die Schutzbestimmungen nur in den seltensten Fällen eingehalten wurden. Die Verzeichnisse über ausgesetzte Arbeitsarten ergaben für die Kinderarbeit keinen Anhalt. Diese bezogen sich nur auf einen Teil der erwerbstätigen Kinder. Die Unternehmer haben eben die Kinder, die sie beschäftigten, nicht zur Anmeldung gebracht. Dieses läßt auch den Schluß zu, daß die Unternehmer, die die Meldung unterließen, auch die Schutzbestimmungen nicht beachten.

Um einen umfassenden Nachweis über die Kinderbeschäftigung zu erreichen, hat das Kultusministerium mit dem Arbeits-mi-nisterium eine Schulumfrage angeordnet, welche beweis-t, daß die Kinderarbeit viel weiter verbreitet ist, als man bisher an-genommen hatte. Das sächsische Arbeitsministerium hat samt dem Kultusministerium sich ein Verdicten, das nicht hoch genug ein-geschätzt werden kann, erworben, indem es endlich die Schule zur Bekämpfung der Kinderarbeit mit herangezogen hat. Die gewonnenen Unterlagen sind den Gewerbeaufsichtsamtern zur Bearbeitung über-wiesen worden. Nach den auf diesem Gebiete gewonnenen An-

gaben wurden in der Stadt Leipzig 3000, in der Stadt Chemnitz 2700, im Regierungsbezirk Dresden 9800 und im Regierungsbezirk

Zwickau 9300 gewerblich tätige Kinder beschäftigt. Besonders interessant sind hier die Ausführungen, die von dem

Zur Durchführung des Kinderschutzes wurden im Laufe des Berichtsjahres 264 Betriebe, in denen 83 eigene und 277 fremde Kinder beschäftigt waren, besucht.

Der Bericht der Kreishauptmannschaft Chemnitz sagt über die Durchführung des Gesetzes der Kinderarbeit in den gewerblichen Betrieben u. a. folgendes:

„In dem Berichtsjahre sind 215 Besichtigungen in 202 hier in Frage kommenden Betrieben und 19 Ermittlungen außerhalb der Betriebe zur Beschaffung von Beweismaterial vorgenommen worden.

Ueber die Kinderbeschäftigung wird dann weiter noch gesagt: „In einem Falle aber waren mit den Kindern sogar Ueberstunden gegen einen erhöhten Lohn vereinbart.“

Es wird mangelndes Verständnis der Eltern für die Bekämpfung der Kinderarbeit im Interesse der körperlichen und geistigen Entwicklung ihrer Kinder beklagt.

Die Kreishauptmannschaft Zwickau berichtet: „In 456 Anlagen (309 im Vorjahre) sind 467 (272) Verstöße gegen die Bestimmungen über die Arbeitsbücher und Ausschänge, 40 (18) Fälle der verbotenen Beschäftigung von insgesamt 66 (43) Schulkindern in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen und 61 (36) Zuwiderhandlungen betreffend die Arbeitszeit von 338 (197) Jugendlichen festgelegt worden.

Von 40 ermittelten Fällen verbotswidriger Kinderbeschäftigung haben 28 zu Strafanzeigen geführt. In 3 Fällen erfolgte Einstellung des Verfahrens oder Freisprechung, 1 Fall schwebt noch, sonst ist Bestrafung mit 20 bis 200 Mk. erfolgt.

Es wurden im Bezirk Aue 1857, Auerbach 3159, Plauen 2306, Zwickau 1997 gewerblich tätige Kinder gezählt, das sind im Regierungsbezirk — 9319. Davon werden 4269 Kinder von den Eltern, 5060 von anderen Personen beschäftigt.

Bemerkenswert ist, daß der Aufsichtsbezirk Auerbach als kleinster die weitaus größte Kinderzahl aufweist und daß in diesem wie auch im Bezirk Aue die Zahl der von den Eltern beschäftigten Kinder vorwiegt.

Im Aufsichtsbezirk Plauen entfallen von 2306 überhaupt gezählten Kindern 1162 Kinder auf die Stadt Plauen, 368 auf Reichenbach und 240 auf Delitzsch.

Der Bericht gestattet uns mit seinen nackten Schilderungen einen Einblick in das grauenhafte Elend, welches unter der Textilarbeiterschaft in der Textilindustrie, namentlich in der Heimindustrie, noch herrscht.

Der Bericht gestattet uns mit seinen nackten Schilderungen einen Einblick in das grauenhafte Elend, welches unter der Textilarbeiterschaft in der Textilindustrie, namentlich in der Heimindustrie, noch herrscht.

die Kinderausbeutung gewandt habe. Es muß diesem Lehrer heute wohl tun, daß er bereits damals mitgewirkt hat, die Kinderausbeutung zu bekämpfen, und daß er heute mitwirken kann an einer hohen sittlichen Aufgabe, die zur inneren Befreiung unseres Volkes mehr als alles andere beitragen kann.

Berichtigung.

In dem Artikel in voriger Nummer „Die Textilindustrie Sachsens im Lichte der Sächsischen Gewerbeinspektion“ ist in der zweiten Spalte, 2. Absatz, Zeile 16 ein Fehler enthalten.

Die Lohnbewegungen und Streiks im Jahre 1921.

Das Jahr 1921 stand ganz im Zeichen der alles überflutenden Teuerung. Sie war naturgemäß auch ausschlaggebend für die zu führenden Lohnbewegungen.

Im Jahre 1921 konnten 1647 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung statistisch erfaßt werden. Diese erstreckten sich auf 25316 Betriebe mit 1992463 Beteiligten.

Erfolg hatten 1992396 Personen, und zwar wurde erreicht für 1991591 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 116425118 Mark oder von 58,53 Mk. pro Person und Woche.

Selbstverständlich ist auch dieses Bild noch ungenau. Die Berichterstattung seitens der Ortsverwaltungen war zu unvollkommen, um ein genaues Bild zusammenstellen zu können.

Table with 3 columns: Gau, Mitglieder Ende 1921, Zahl der Mitglieder über die berichtet wurde. Rows include Hannover, Kassel, Barmen, Stuttgart, Augsburg, Gera, Dresden, Liegnitz, Berlin, and Verband.

Bei oberflächlicher Betrachtung scheint die Berichterstattung der Wirklichkeit ziemlich nahe gekommen zu sein. Tatsächlich aber ist es so, daß wohl durchschnittlich für jedes Mitglied einmal berichtet wurde; es kommen aber für jedes Mitglied mehrere Bewegungen in Betracht, während vielfach nur einmal berichtet wurde.

Außer den Lohnerhöhungen erreichten bei den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung 545 Personen 2304 Stunden pro Woche Arbeitszeitverlängerung, 80567 Personen bessere Bezahlung von Nacht- und Sonntagsarbeit, 90186 Personen bessere Ueberstundenbezahlung und 909167 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

Angriffsstreiks wurden 164 geführt. Diese erstreckten sich auf 204 Orte mit 586 Betrieben und 75936 Beteiligten. Von den Beteiligten gehörten 62778 dem Deutschen Textilarbeiterverband, 3987 anderen freien Gewerkschaften, 7133 dem christlichen Textilarbeiterverband, 320 dem Gewerbeverein deutscher Textilarbeiter, s. D. und 367 sonstigen Organisationen an.

Auch die Angriffsstreiks wurden in der großen Mehrzahl (161) zur Erreichung besserer Löhne geführt. Nur in einem Fall wurde um die Befreiung eines mißliebigen Meisters gestreikt, bei zwei Streiks handelte es sich darum, Unorganisierte aus dem Betriebe fernzuhalten.

Von den Angriffsstreiks verliefen 144 erfolgreich, 18 teilweise erfolgreich und einer erfolglos. In einem Falle wurde der Betrieb nach dreiwöchigem Streik seitens der Firma ausgegeben.

33 Abwehrstreiks erstreckten sich auf 39 Orte mit 94 Betrieben und 10981 Beteiligten. Das Organisationsverhältnis war wie folgt: 9433 Beteiligte gehörten dem Deutschen Textilarbeiterverband, 476 anderen freien Gewerkschaften, 723 dem christlichen Textilarbeiterverband, 97 dem Gewerbeverein deutscher Textilarbeiter (s. D.) und 51 sonstigen Organisationen an.

Die Ursache der Abwehrstreiks war in 11 Fällen Verhinderung von Maßregelungen, in 10 Fällen Verhinderung von Lohnreduktion, in 3 Fällen Austritt aus der Organisation und in 9 Fällen sonstige Gründe.

Erfolg hatten 27 Abwehrstreiks, 5 waren teilweise erfolgreich und einer erfolglos. Es konnten für 5224 Personen 154036 Mk. pro Woche oder 29,50 Mk. pro Person und Woche Lohnherabsetzung ver-

hindert werden sowie für 8933 Personen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen.

Erreicht wurden durch Abwehrstreiks für 5278 Personen 256307 Mark Lohnerhöhung pro Woche und für 8988 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

40 Bewegungen führten zur Aussperrung der Arbeiter durch die Unternehmer. Aussperrt wurden in 33 Orten und 231 Betrieben 59200 Personen. Davon gehörten 55525 dem Deutschen Textilarbeiterverband, 1726 anderen freien Gewerkschaften, 4012 dem christlichen Textilarbeiterverband, 756 dem Gewerbeverein deutscher Textilarbeiter (s. D.) und 110 sonstigen Organisationen an.

Aussperrt wurde in 31 Fällen infolge eines Angriffsstreiks der Arbeiter, in 7 Fällen wegen verschiedener Forderungen der Arbeiter, in einem Fall wegen Nichtannahme einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und in einem Falle aus sonstigen Gründen.

Von den Aussperrungen verliefen 38 erfolgreich, eine teilweise erfolgreich und eine erfolglos. — Trotz Aussperrungen wurden für 52331 Personen 3865132 Mk. Lohnerhöhung pro Woche und für 59867 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht. — Abgerechert wurden für 59293 Personen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen.

Die Gesamtausgabe bei Streiks und Aussperrungen beträgt 34320601 Mk.

Die erreichten Lohnerhöhungen bei den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, Streiks und Aussperrungen stellten sich wie folgt:

Table showing wage increases by amount (e.g., 5.01 bis 10, 10.01, 20.01, etc.) and number of persons affected.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das verfloffene Jahr für unseren Verband ein Großkampfsjahr war. Aber trotz mancher Widerwärtigkeiten wurde auch diese Feuerprobe gut bestanden.

Die Arbeit, die der Verband und seine Funktionäre auf diesem Gebiete geleistet haben, muß auch von den Vorgesetzten — und deren gibt es jederzeit mehr als genug — anerkannt werden.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das verfloffene Jahr für unseren Verband ein Großkampfsjahr war.

Jahresübersichten über Lohnbewegungen und Streiks.

Large table with columns for Year, Movements without strike, Successful strikes, etc., and rows for years 1898/99 to 1921.

Wo bleiben die Bezirkswirtschaftsräte?

Diese Frage ist zweifellos berechtigt. Sind wir doch drei Jahre nach Verabschiedung der Reichsverfassung der Errichtung der Bezirkswirtschaftsräte mit keinem Schritt näher gekommen.

Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produzierenden Kräfte mitzumirken.

Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirkswirtschaftsräten und in einem Reichsarbeitererrat.

Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichsarbeitererrat treten zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretern der Unternehmer und sonst beteiligter Volkstriebe zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammen.

Abgeschlossene Tarife

Lohn- und Zusatzvereinbarungen im Jahre 1921.

Table showing wage and supplementary agreements in 1921, categorized by industry (Spinnerei, Weberei) and region (Gau).

zirkwirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind so zu gestalten, daß alle wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung darin vertreten sind.

Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetzentwürfe zu beantragen. Stimmt ihnen die Reichsregierung nicht zu, so hat sie trotzdem die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstag einzubringen. Der Reichswirtschaftsrat kann die Vorlage durch eines seiner Mitglieder vor dem Reichstag vertreten lassen.

Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Aufbau und Aufgabe der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reichs.

Die Aufnahme dieses Artikels in die Verfassung war eine Konzeption an die revolutionäre Arbeiterbewegung. Dieses Verständnis mußte der Reaktion in schweren Kämpfen abgerungen werden. Wenn damals um die Zeit der Verfassungskämpfe die Arbeiter neben wirtschaftlichen auch politische Forderungen erhoben, so ist das der beste Beweis dafür, daß der Arbeiter die Revolution doch mehr war als eine Lohnbewegung. Den Arbeitern galt es, durch diese Kämpfe die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben zu erringen.

Der Artikel 165 verpflichtet den Arbeitern die gleichberechtigte Mitwirkung an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte. Zur Erreichung dieses Zielens wurden der Arbeiterschaft Betriebsräte, Bezirksarbeiterräte und ein Reichsarbeitererrat, Bezirkswirtschaftsräte und ein Reichswirtschaftsrat zugesichert. Inzwischen haben wir neben dem unzulänglichen Betriebsrätegesetz den Reichswirtschaftsrat — letzteren allerdings nur in „vorläufiger“ Form — erhalten. Der weitere Ausbau des Räteystems aber fehlt! Er fehlt, obgleich sein Aufbau verhältnismäßig leicht wäre!

Es wäre nur nötig, Bezirksarbeiter- und Unternehmerräte und den Reichsarbeiter- und Unternehmerräte zu schaffen. Die Vertreter dieser Körperschaften müßten aus direkten und geheimen Wahlen nach dem Verhältniswahl-system hervorgehen. Das aktive und passive Wahlrecht wäre den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes anzupassen. Dabei ist zu erwägen, ob es nicht recht und billig wäre, auch den Arbeitnehmern die Wahlberechtigung einzuräumen, die bisher keine Betriebsvertretung wählen durften. Die Bezirksarbeiter- und Unternehmerräte dürfen nur eng begrenzte Wirtschaftszweige umfassen und müßten in Fachauschüsse zur Vertretung bestimmter Berufsinteressen gegliedert werden. Selbstverständlich muß es sein, daß die Vertretungen der beiden Gruppen nicht gegeneinander arbeiten. Beide Körperschaften haben in allen sozialen und wirtschaftlichen Fragen in gemeinsamen Sitzungen zu beraten und ihre Beschlüsse zu fassen.

Der von den Gewerkschaften eingenommene und vertretene Standpunkt findet eine starke Stütze in dem Artikel 165 der Reichsverfassung. Nach den gemachten Vorschlägen würden die Bezirksarbeiter- und Unternehmerräte den Unterbau für die durchzuführenden Bestimmungen der Verfassung bilden. Neben diesen der Verfassung entsprechenden Interessensvertretungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber darf es andere Organe dieser oder ähnlicher Art nicht mehr geben. Wo sie bestehen, sind sie aufzulösen, oder in private Vereinigungen umzubilden. Des öffentlich-rechtlichen Charakters müssen sie entkleidet werden.

Die Bezirkswirtschaftsräte gehen dann aus den Bezirksarbeiter- und Unternehmerräten hervor. Aus den Vertretungen der Bezirkswirtschaftsräte wäre dann der endgültige Reichswirtschaftsrat — in dem natürlich auch die Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber eine angemessene Vertretung finden müßten — zusammenzusetzen. Die Grenzen der Bezirkswirtschaftsräte dürfen nicht mit den politischen Grenzen eines Landes oder einer Provinz zusammenfallen. Dadurch würde die Gefahr entstehen, daß große zusammengehörige Wirtschaftsgebiete zerrissen werden. Das darf nicht geschehen! Natürlich ist auch darauf zu achten, daß ihre Gebietsabgrenzung nicht allzu groß wird. Großstädte und Länder, die je ein einheitliches Industriezentrum bilden, müßten selbständige Bezirkswirtschaftsräte erhalten. Als solche Großstädte bzw. Industriezentren wären zu bezeichnen: Berlin, Breslau, Hamburg, Magdeburg u. a., der Freistaat Sachsen und Thüringen, Baden und Württemberg usw. Würde die Abgrenzung im Sinne dieser Vorschläge erfolgen, wären ungefähr 20 Bezirkswirtschaftsräte zu schaffen. Die Gliederung der Bezirkswirtschaftsräte, die Bildung von Fachauschüssen zur Vertretung und Wahrnehmung der Interessen der verschiedenen Industriezweige hätte nach dem Muster der Bezirksarbeiter- und Unternehmerräte zu erfolgen. Der Aufgabentkreis der Bezirkswirtschaftsräte und des Reichswirtschaftsrats ist ja in der Verfassung näher umrissen; er wäre den Erfordernissen der Zeit entsprechend auszubauen und zu erweitern.

Unsere berechtigte Forderung geht also dahin, daß die Arbeitnehmer endlich ihre gesetzlichen Berufsvertretungen erhalten, wie sie die Unternehmer in den Handels-, Gewerbe-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern schon lange besitzen. Die von uns verlangten Arbeiterkammern sollen den Arbeitern und Angestellten das Recht geben, ihre sozialen und wirtschaftlichen Interessen durch eigene Berufsvertretungen bei Regierungen und Behörden wahrnehmen zu lassen. Natürlich dürfen die Arbeiterkammern nicht isoliert und dadurch zur Einflußlosigkeit herabgedrückt werden. In erster Linie muß verhindert werden, daß die Arbeiterkammern nur ein Scheinwesen führen. Wenn das Neben- und Miteinanderarbeiten der Arbeiter- und Unternehmerkammern ein erfolgreiches werden soll, dann sind in das Gesetz über die Berufsvertretungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber Sicherungen einzubauen, die den Erfolg gewährleisten. Die Arbeiter- und Unternehmerkammern haben gemeinsam die Berufsvertretung für den Berufszweig zu bilden. Beide Kammern wären entweder im ganzen oder durch Fachauschüsse miteinander zu verbinden. Weiter ist gesetzlich festzulegen, daß die Behörden in Zukunft von beiden Richtungen Gutachten einzuholen haben. Keine Kammer darf, ohne die andere zu hören, Anträge und Gutachten an die behördlichen Organe richten. In gemeinsamer Beratung muß über alle sozialen und wirtschaftlichen Fragen, das Beurlaubungs- und Fortbildungswesen entschieden werden. Jede Kammer muß berechtigt sein, für bestimmte Angelegenheiten die gemeinsame Beratung zu beantragen. Dem Antrag ist unweigerlich stattzugeben. Der organisatorische Ausbau beider Kammern hat so zu erfolgen, daß ein reibungsloses Zusammenarbeiten möglich ist.

Das wäre so in kurzen Zügen Aufbau, Gliederung und Aufgabentkreis der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkammern. Die Organisation der Bezirksarbeiter- und Unternehmerräte wäre natürlich auch sinngemäß auf die Bezirkswirtschaftsräte zu übertragen. Woran liegt es nun, daß die Durchführung des Artikels 165 der Reichsverfassung keinen Schritt vorwärts kommt? Wer verhindert den Ausbau des in der Verfassung versprochenen Räteystems, das die Wahrung der beiderseitigen Interessen in vollem Umfang ermöglichen würde? Beide Fragen lassen sich kurz dahin beantworten, daß es die Arbeitgeber sind, die von dem ganzen Problem nichts wissen wollen. Die Regierung aber, die doch auch in allen diesen Fragen ein gewichtiges Wort mitzusprechen hätte, verhält sich passiv. Die Unternehmer wollen die Vorrechte, die ihnen von früher her

noch zustehen, nicht preisgeben. Sie widersehen sich der Auflösung oder Umwandlung der Handels-, Gewerbe-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern auf das entschiedenste. Diesen Widerstand zu brechen ist Aufgabe der Arbeiterbewegung! Das starre Festhalten der Unternehmer an diesen Berufsvertretungen zeigt deutlich, daß man deren Tätigkeit in Arbeitnehmerkreisen viel zu wenig beachtet, sie auch wohl allzu häufig unterschätzt hat. Die von ihnen ausgeübte Gutachtentätigkeit ist von hoher Bedeutung. In ihren Kammern haben die Unternehmer alle sozial- und wirtschaftspolitischen Gesetzentwürfe eingehend beraten. Der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften gegenüber bringen sie ihre Meinung geschlossen zum Ausdruck und suchen ihr Geltung zu verschaffen. Ohne Uebertreibung kann gesagt werden: Die Unternehmer beeinflussen die ganze Gesetzgebung sehr stark in ihrem Sinne. Darum bereiten sie dem Ausbau des in der Verfassung verankerten Räteystems fortgesetzt Schwierigkeiten.

Durch ihr Verhalten gefährden die Unternehmer aber auch die einheitliche Gestaltung des späteren Reichswirtschaftsrates. Gelingt es den Unternehmerkammern, für ihre bisher als private Verbände bestehenden Spitzenverbände (als solche kommen in Frage: Industrie-, Handels-, Handwerks- und Gewerbetätiger und Landwirtschaftsrat) die Rechtsfähigkeit der juristischen Person zu erhalten und damit vor Durchführung der Bestimmungen des Artikels 165 vollendete Tatsachen zu schaffen, dann ist überhaupt das ganze Problem in Frage gestellt. Bemerkenswert ist noch, daß es in der Reichsregierung und bei manchen Landesregierungen Stellen gibt, die diesen Bestrebungen Vorschub leisten.

Mit dem Artikel 165 der Reichsverfassung sind die gesetzlich anerkannten Unternehmerkammern unveränderbar. Zur Verhinderung der Absichten der Unternehmer ist es notwendig, daß die Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck fordert: Der Artikel 165 ist sobald als möglich durchzuführen!

Aus der Textilindustrie.

Wieder neue Teuerungsaufschläge bei den Ausrüstungsanstalten. Die ab 17. August bekannt gegebenen Teuerungsaufschläge für Ausrüstungsaufträge sind mit Wirkung ab 1. September aufs neue erhöht worden und steilen sich bei den einzelnen Verbänden usw. wie folgt (die erste Zahl bedeutet den endgültigen Teuerungsaufschlag für die Aufgaben vom 17. bis 31. August, die zweite den vorläufigen Teuerungsaufschlag für alle Aufgaben ab 1. September):

Verband der Seidenfärbereien: a) Strangfärbung für Stoff und Band: Farbpreislifte des Internationalen Verbandes der Seidenfärbereien (grüne Liste vom 1. Mai 1914); zehnfache Grundpreise. Reale Seide und Schappe usw. Schwarz: unerschwert 3140 (3500) Proz., erschwert 5060 (5600) Proz.; Farbig: Abtochen, Seidenieren (Bof. 214) Souptieren, unerschwert Färbungen 3150 (3500) Proz., erschwert 4100 (4550) Proz.; Kunstseide (Bof. 138—146 und 311 bis 336 der Preisliste): schwarz und farbig 1400 (1550) Proz.; Vicabändchen 1400 (1550) Proz.; Bemberg- und Hölten-Kunstseide, schwarz und farbig 1640 (1820); b) Strangfärbung für Samt: Farbpreislifte für die Samtfabrik vom 1. Januar 1914; zehnfache Grundpreise. Schwarz (außer Kunstseide) 5060 (5600) Proz.; farbig unerschwert (außer Kunstseide) 3140 (3500) Proz., Abtochen 3140 (3500) Proz., Kunstseide schwarz und farbig 1400 (1550) Proz., Bemberg- und Hölten-Kunstseide schwarz und farbig 1640 (1820) Proz.

Die in den Preislisten vorgegebenen Zuschläge (brillant usw.) werden in allen Fällen mit dem gleichen Teuerungsaufschlage wie die zugehörigen Färbungen berechnet.

Vereinigung der Stüdfärbereien ganz- und halbseidener Gewebe. Preislisten Gruppe A, B und C vom 1. Oktober 1917 und Preisliste Gruppe D vom 1. Oktober 1917; hundertfache Grundpreise. Der Teuerungsaufschlag kommt auf die Farbpreise und Zuschläge zur Berechnung. Gruppe A 92 (110) Proz.; Gruppe B 164 (190) Proz.; Gruppe C 92 (110) Proz.; Gruppe D 92 (110) Proz.

Stoffappretur-Vereinigung. Preisliste vom 1. Oktober 1917; hundertfache Grundpreise. Alle Positionen der Preisliste einschließlich Imprägnieren (S. 39) 92 (110) Proz.

Verband der Ausrüster em Stüdfärberei Bänder. Preisliste vom 1. März 1910; zehnfache Grundpreise Färbung und Erschwerung 4195 (4630) Proz.; Appretieren 1795 (1990) Proz.

Vereinigung der Ausrüster ganz- und halbseidener Bänder. Preisliste vom 25. Juni 1919; zehnfache Grundpreise. Halbseide (Liberty, Satin und Rips) bis 10 1/2 Linien 1700 (1880) Proz.; über 10 1/2 Linien 1555 (1720) Proz.; Ganzseide bis 10 1/2 Linien 1700 (1880) Proz.; über 10 1/2 Linien 1550 (1720) Proz.; Bänder aus Kunstseide oder aus Seide mit Kunstseide 644 (720) Proz.

Vereinigung für Ausrüstung asiatischer Seidenstoffe. Preisliste vom 1. Juli 1919; hundertfache Grundpreise. Alle Positionen der Preisliste 92 (110) Proz.

Baumwollfärberei-Verband Krefeld. Preislisten vom 1. August 1920. Alle Positionen der Preislisten 7340 (8100) Proz.

Sollten die Verhältnisse sich weiter verschlechtern, so behalten die Mitglieder sämtlicher genannten Verbände sich das Recht vor, die mit Wirkung ab 1. September bekanntgegebenen vorläufigen Teuerungsaufschläge nachträglich weiter zu erhöhen, und zwar entsprechend dem Durchschnitt der weiteren Vetterung der Gesehungskosten und rückwirkend für alle Ausrüstungsaufträge, welche unter die Aufschläge ab 1. September fallen. Die nachträgliche Erhöhung soll indes nicht mehr als 20 Proz. des Gesamtausrüstungspreises betragen, der sich unter Zugrundelegung der vorläufigen Aufschläge ab 1. September ergibt. Spätestens Ende September wird mitgeteilt werden, ob und in welchem Umfang von dem Vorbehalt Gebrauch zu machen ist und welche Aufschläge weiterhin gelten werden.

Soziale Rundschau.

Ein Notschrei der Weber Oberfrankens.

Aus München, ging uns ein Schreiben zu, anscheinend aus Hausweberkreisen, das ein recht betrübendes Bild von der Lage der dortigen Kollegen entrollt. Sie könnten sich nicht einmal mehr die bekannte Weberkost: Kartoffeln und Hering, leisten. Vor dem Kriege konnten sie sich für einen Tagesverdienst ein gutes Hemd kaufen, und heute? Alle papiernen Proteste und Beschwerden, an die Fabrikanten gerichtet, blieben erfolglos; das Kapital machte sich keinen Pfifferling daraus. Es zahle weniger Lohn als früher und es bleibe davon nach Abzug der Steuern so wenig übrig, daß die Weber dem Verzweifeln nahe seien. Ihre Lage sei um so trostloser, je mehr an Lebensmitteln durch auswärtige Hamster weggeschleppt würde, wodurch die Preise so stiegen, daß die einheimischen Weber zusehen könnten, wie andere sich mit Lebensmitteln eindecken. — Wir haben das Schreiben der zuständigen Gauleitung zugestellt, welche gewiß versuchen wird, den so hart Bedrängten ihre Lage nach Möglichkeit zu erleichtern. Die hohen Preise der Webwaren müssen doch auch Löhne für die Heimindustrie zulassen, die die Heimarbeiter wenigstens vor dem peinigenden Hunger bewahren könnten. Werden die Löhne nicht so weit erhöht, so kann es dort sehr leicht zu Ausbrüchen der Verzweiflung kommen, wie sie uns aus Schlesien bekannt sind und in Hauptmanns „Die Weber“ so packend dramatisiert sind.

Berichte aus Fachreisen.

Augsburg. Textilmeisterversammlung. Am 5. September fand im Café Fröhlich die Monatsversammlung für alle im Textilarbeiterverband organisierten Meisterkollegen statt. Sie war sehr gut besucht. Kollege Jung sprach über „Die wirtschaftliche Lage“. Er wurde oft durch Zustimmung unterbrochen und erntete

am Schluß seiner Ausführungen reichen Beifall. Hierauf berichtete der Kollege Janu in längerer Ausführungen über den Stand der Tariffrage und gab die an die Unternehmer eingereichten Gehaltsforderungen bekannt. Mit den geforderten Sätzen erklärte sich die Versammlung einverstanden. Nach längerer Diskussion beschloffen schließlich die Versammelten, der bisherigen Verhandlungskommission das Vertrauen auszusprechen und die bisherigen Kollegen wieder zur Teilnahme an den Lohnverhandlungen zu delegieren. — Unter Gewerkschaftliches kamen verschiedene unerfreuliche Handlungen einzelner Direktionen gegenüber den technischen Angestellten zur Sprache. Es gibt Firmen, die es fertig bringen, Meistern, die in der ersten Hälfte des Jahres 1921 in den Betrieb gekommen sind, auch in diesem Jahre noch keinen Urlaub zu geben. Mit eindringlichen Worten, wie sie wohl nur ernste Männer zu sprechen imstande sind, wurde von einzelnen Rednern darauf hingewiesen, daß in manchen Fällen festen Gehaltsempfängern Abzüge bei Arbeitsveräumnissen, die durch das Erscheinen vor Behörden usw. entstehen, gemacht werden. Die hierfür einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen wurden erläutert. — Vom Vorsitzenden und dem Kollegen Bacht wurde betont, daß sich niemand scheuen dürfe, den Gewerkschaftsbeitrag in der richtigen Höhe zu leisten, da nur im Zusammenschluß die Möglichkeit liege, von den anderen Gesellschaftsständen beachtet zu werden. Die geistige Bildung aller technischen Angestellten muß dabei mit im Vordergrund stehen, was erreicht werde, wenn die Arbeiterpresse in der Wohnung jedes Kollegen zu finden sei. Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, wurde die schön verlaufene Versammlung geschlossen, mit dem Wunsche, die nächste Monatsversammlung ebenfalls wieder recht zahlreich zu besuchen.

Köln. Ein Verbandsjubiläum! Am 17. September war es 25 Jahre her, daß unser Kollege Ferdinand Riedel (Beuel) der Organisation seinen Beitritt erklärte. — Gebürtig aus Schwabenbad, mußte er schon in seinen jungen Jahren infolge Tätigkeit für Gewerkschaft und Partei den heimatischen Boden verlassen. 1896 trat er in Stralau in unsere Reihen und stand von da an stets in den vordersten Linien; bis ihn auch hier, in dem alten „gastfreundlichen“ Deutschland, das Schicksal erreichte und er als „lästiger“ Ausländer ausgewiesen wurde. Sein Weib und Kind zurücklassend, wanderte er nach Brasilien aus und durchstreifte dann als Schäder, teils als Weber fast alle Erdteile und alle europäischen Staaten. Nach 20jähriger Trennung von Frau und Kind kehrte er kurz vor dem Kriege wieder nach Deutschland zurück und nahm als Sticher in Bonn Beschäftigung. So steht er noch heute, trotz allen Unbildden, in den vordersten Reihen und ist einer unserer besten Funktionäre. Wir wünschen ihm für die Zukunft das Beste! Möge er in unsern Reihen sein 50. Jubiläum feiern.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 24. September, ist der 38. Wochenbeitrag fällig.

Laut Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Achtung! Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung.

Stichtag ist Sonnabend, der 30. September. An diesem Tage ist die gelbe Karte auf beiden Seiten gewissenhaft auszufüllen, mit 1,50 Mk. zu frankieren und sofort der Zentrale einzusenden. Vom 1. Oktober ab beträgt das Porto 3 Mk.

Fehlende Karten liefert die Zentrale auf Bestellung.

Der Vorstand.

Ortsvertaltungen.

Abhanden gekommene Mitgliedsbücher und -karten.

Neumünster. Buch Nr. 798 133 für Wilhelm Sieck, eingetreten am 24. 11. 18.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Bäumeheim. Joh. Soenig. Berlin. Anna Wolf; Wilh. Illmann; Marie Grünmacher. Bichswerda. Selma Büttner. Chemnitz. Anna Kamprath; Marie Erna Quarina; Amalie Mann; Anna Scheffler; Anna Ida Müller; Martha Zimmermann; Helene Martha Drescher; Auguste Flora Giller; Ernst Bernhard Unger.

Crimmitschau. Paul Köhlich; Richard Uhlig; Bertha Schellenberg. Erzingen. Joseph Thoma.

Glauchau. Marie Piehler; Friedrich Hübler.

Großhörsdorf. Mag. Boden; B. Alwin Wagner; Alwin Brücker; Frd. Julius Philipp.

Kamenz. Emma Liebe. Landeshut. Robert Scholz. Caubau. Bruno Weiß.

Ohorn. Anna Paulusch. Pulsnich. Mag. Wendt.

Ronneburg. Ida Krehshamer. Weida i. Thür. Anna Berka. Zwickau-Mühlengrund. Emil Schräps; Albin Hölzel; Anna Meta Mann.

Ehre ihrem Andenken!

Abressenänderungen.

Gau Hannover. Hildesheim. V. Heinrich Springmann, Schornhorststr. 43.

Gau Barmen. Hagen. V. Wilh. Fentner, Jahnstr. 2.

Gau Stuttgart. Wangen i. Allgäu. K. u. Geschäftsführer: Karl Steinbach, Kreuzplatz 232. Weilderstadt. K. Wilh. Wurster, Weber.

Gau Dresden. Freiberg. V. K. u. Geschäftsführer: Mag. Helfrich, Marienstr. 4.

Gau Liegnitz. Reichenbach i. Schl. K. u. Geschäftsführer: Adolf Wischke. Briefe an den Geschäftsführer G. Rinner, Klosterstraße 11.

Zusammentünfte.

Mitgliederversammlungen. Berlin. Stickerbranche. Freitag, 29. Sept., abends 5 1/2 Uhr, bei Gurjch, Wallstr. 32. Ob- leute und Funktionäre.

Handdrucker

werden nach Berlin für Stoffdruckereibetrieb gesucht. Fahr- geld wird vergütet. Offerten unter Chiffre 1001 an die Redaktion dieses Blattes.

Dreißigjährige Gründungsfeier der Zentrale Leipzig

des Deutschen Textilarbeiterverbandes

am Sonntag, den 1. Oktober 1922, vorm. 1/2 11 Uhr, in der Alberthalle des Strifflingsplatzes.

Vokal- und Instrumental-Konzert.

Mitwirkende: Sängerkor Leipzig-Thonberg-Ettrich; Sängerkor Leipzig-West, Direktion: Herr Paul Michael; Gustab Schüge-Konzert-Dirigier, 50 Mann stark, Direktion: Herr Gustab Schüge. Festpilog: Herr Wilhelm Engl vom Stadttheater. Kollege Josef Glanzmann hat als Gründer die Feste übernommen.

Einfach vorm. 1/2 10 Uhr. Beginn 1/2 11 Uhr.

Programm für Mitglieder 10 Mk., erhältlich durch die Vertrauensleute.

Sonabend, den 7. Oktober 1922, in den festlich dekorierten Sälen des Volkshauses:

Oktober-Fest.

Im großen Saal: 2. Rabellen und Schützplatter-Gesellschaft. — Im Gesellschaftssaal: Bayerische Bauernstube. — Im Gartencafé: Bittererzeit D'Chiemsee. Vorträge vom Teitelbua und Burzelschep. Danach: Bayerische Tänze.

Eintritt 5 Mk. Recht zahlreichem Besuch steht entgegen.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Freitag, 22. Septemb.

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Drefel in Berlin, für alles andere Paul Wagener in Berlin. — Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.